

Fachkräftemangel

Viel Papier, wenig Konsens

von Jan Flückiger, Bern / 12.9.2016, 22:02 Uhr

Copyright ©
Neue Zürcher
Zeitung AG.
Alle Rechte
vorbehalten.
Eine

Bund, Kantone und Sozialpartner haben sich getroffen, um Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu diskutieren. Für mehrheitsfähige, staatliche Eingriffe ist nicht viel Raum.

Sie ist einer der Hauptpfeiler der [Fachkräfteinitiative des Bundes](#): die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Einiges ist in dem Bereich schon passiert. Kantone und Gemeinden haben ihr Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ausgebaut. Der Bund hat mittels Anschubfinanzierung nachgeholfen und will [für die nächsten fünf Jahre weitere 100 Millionen Franken dafür aufwenden](#). Doch eine Einigung auf weiterführende staatliche Massnahmen dürfte schwierig werden. Das zeigte sich am Montag anlässlich des «Spitzentreffens» von Bund, Kantonen und Sozialpartnern, zu dem Bundespräsident Johann Schneider-Ammann eingeladen hatte.

Die Kantone betonten, sie hätten schon viel gemacht, nicht nur bei den Betreuungsplätzen. Die Schweiz sei «kein zentralistisch organisiertes Land mit nationalen Aktionsplänen». Vielmehr würden Kantone und Gemeinden «eine Vielzahl an Projekten und Massnahmen» bereitstellen, die «im Kleinen oftmals grosse Wirkung» erzielten. Zudem gelte es realistisch zu bleiben, was das Potenzial an zusätzlichen Fachkräften durch eine bessere Vereinbarkeit betreffe. Die Mehrheit der Frauen in der Schweiz sei heute «zufrieden mit ihrem Arbeitspensum».

Der Fokus auf die Frauen mag erstaunen, doch er wird gestützt durch die Daten des Bundesamts für Statistik. [Gut 80 Prozent der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten heute Teilzeit – bei den Vätern sind es knapp 10 Prozent](#). Rund 15 Prozent der Mütter geben an, ihr Pensum gerne erhöhen zu wollen. Der Arbeitgeberverband rechnet mit rund 15 000 Vollzeitstellen, die so zusätzlich mit inländischen Frauen besetzt werden könnten. Das wäre allerdings bloss ein einmaliger Effekt.

Einig waren sich die Teilnehmer des Treffens – mit Ausnahme des Gewerbeverbandes – darin, dass es einen Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung brauche, wobei die Meinungen über deren Finanzierung auseinandergehen. So wollen die Kantone etwa explizit die Unternehmen in die Verantwortung nehmen. Der Arbeitgeberverband wiederum stellte klar, dass für ihn eine Abgabe für Unternehmen nicht infrage komme. Vielmehr sollten für den Ausbau der Krippenplätze Steuergelder eingesetzt werden. Der Arbeitgeberverband propagierte zudem Tagesschulen «als letzten Schritt zur Gleichstellung». Daneben gelte es, steuerliche Fehlanreize für Zweitverdiener zu beseitigen.

Unzufrieden mit den Resultaten des Treffens waren der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und Travail Suisse. Die Gewerkschaften wünschen «mehr Investitionen in familienergänzende Betreuungsstrukturen». Travail Suisse fordert zusätzlich eine Betreuungszulage für pflegende Angehörige sowie einen



Vaterschaftsurlaub. Die Gewerkschaften kritisieren zudem die von den Arbeitgebern geforderte Flexibilisierung bei der Arbeitszeiterfassung. SGB-Präsident Paul Rechsteiner sprach von einem «beachtlichen Papierberg ohne konkrete Resultate». Tatsächlich sind die zur «Förderung des Inländerpotenzials» bereits publizierten Berichte und Papiere zahlreich und umfassend und stehen absehbar in keinem Verhältnis zu konkreten, mehrheitsfähigen Massnahmen – und wohl auch nicht zum effektiven Potenzial.

Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.